

Offener Brief

Wie der Krieg in der Ukraine verhindert werden gekonnt hätte? Das wissen Sie ganz genau! Ja, ein Stellvertreterkrieg der USA mit Russland in der Ukraine hätte leicht verhindert werden können.

Heute darf ich Ihnen einige Ausschnitte des Jahresrückblickes von Dr. Daniele Ganser näherbringen. Siehe hier: [Dr. Daniele Ganser: Jahresrückblick 2022 \(20.12.22\) - YouTube](#)



Russland und China fordern am 4. Februar 2022 in einer gemeinsamen Erklärung an der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Peking den Stopp der NATO-Osterweiterung.

Quelle: Matthias Kamp: Xi und Putin demonstrieren Einigkeit – und fordern den Stopp der Nato-Erweiterung in Osteuropa. NZZ 4.2.2022



Neue Zürcher Zeitung



Ein Gesprächsthema der beiden war die Nordstream-Pipeline! Und Joe Biden sagte über die Nordstream II: **WIR WOLLEN DAS NICHT!**



Darüber gab es Streit.



Mit einer Transportkapazität von jährlich 110 Milliarden Kubikmetern Erdgas könnten die vier Stränge von Nord-Stream I und II den gesamten Erdgasverbrauch Deutschlands als Industrienation sichern. 2021 betrug Deutschlands Erdgasverbrauch 90 Milliarden Kubikmeter.

Quelle: Wer verübte Nord-Stream-Anschlag? NachDenkSeiten 12.12.22

 **NachDenkSeiten**
Die kritische Website



Dr. Daniele Ganser: Jahresrückblick 2022 (20.12.22)

 **Daniele Ganser** ✓
283.000 Abonnenten

Abonnieren

👍 17.616



➦ Teilen

↓ Herunterladen

💖 Thanks





Präsident Biden: "Es wird kein Nordstream 2 mehr geben, wir werden dem ein Ende setzen!"

Reporterin: "Wie wollen sie das genau machen, da das Projekt und dessen Kontrolle in der Hand Deutschlands liegt?"

Präsident Biden: "Ich verspreche ihnen, dass wir in der Lage sein werden, es zu tun!"

Quelle: Biden am 7. Februar 2022. Wer ist für Explosionen verantwortlich? Blick 28. September 2022

Blick

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=91465>



12. Dezember 2022 um 10:00 Ein Artikel von: [Florian Warweg](#)

Am 26. September 2022 wurden drei der vier Stränge der Nord-Stream-Pipelines 1 und 2 schwer beschädigt. Nach allgemeiner Experten-Einschätzung ist die Zerstörung eines der teuersten und zentralsten Objekte der kritischen Infrastruktur für die deutsche Energieversorgung auf bewusst durchgeführte Anschläge, die „einer Sprengladung von mehreren hundert Kilogramm“ entsprachen, zurückzuführen. Auch die Bundesregierung sprach von „gezielter Sabotage“ und einem mutmaßlich staatlichen Akteur. Doch sobald im Parlament nach konkreten Erkenntnissen nachgefragt wurde, blockte die Bundesregierung alles ab und verwies auf „Staatswohl“ sowie „Geheimhaltungsinteresse“. Den NachDenkSeiten liegen jetzt neue Antworten der Bundesregierung zu dem Thema vor. Von **Florian Warweg**.

Die aktuellen Antworten der Bundesregierung erfolgten in Reaktion auf eine 55 Fragen umfassende Kleine Anfrage (KA) mit dem Titel [„Die Anschläge auf die Nord-Stream-Erdgasleitung“](#). Diese wurde am 1. November vom Bundestagsabgeordneten Eugen Schmidt (AfD) und seiner Fraktion eingereicht. „Beantwortet“ hat die Bundesregierung diese, nach längerer Verzögerung, am 29. November. Dabei verweigert sie die Beantwortung von 16 Fragen mit Verweis auf „Geheimhaltungsinteresse“. Im Wortlaut heißt es dazu:

„Die Erteilung näherer Auskünfte zur Beantwortung der einzelnen Fragestellungen muss allerdings unterbleiben. Denn trotz der grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Pflicht, Informationsansprüche des Deutschen Bundestages zu erfüllen, tritt hier nach sorgfältiger Abwägung der betroffenen Belange im Einzelfall das Informationsinteresse des Parlaments hinter dem berechtigten Geheimhaltungsinteresse zum Schutz der laufenden Ermittlungen zurück.“

Bei einer weiteren Anfrage der Linksfraktion zu dem Thema, eingereicht am 7. November unter dem Titel [„Anschläge auf die Pipelines Nord Stream 2 und Nord Stream 1“](#), stehen die Antworten zwar noch aus, aber auch hier ist anzunehmen, dass die Bundesregierung Antworten mit derselben Begründung verweigert.

Nur Linkspartei und AfD zeigen Interesse an Aufklärung

Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass nur die zwei kleineren Oppositionsparteien Linksfraktion und AfD scheinbar Interesse zeigen, diesen historisch einmaligen Sabotageakt aufzuklären und mit parlamentarischen Anfragen diesbezüglich Druck zu machen. Die mit Abstand größte Oppositionsfraktion im Bundestag, die CDU/CSU, hat keine einzige Anfrage oder schriftliche Frage dazu an die amtierende Bundesregierung formuliert. Das erstaunt, immerhin sprechen wir hier von der Zerstörung eines milliarden schweren Energie-Projektes zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, welches federführend von der damaligen CDU-Kanzlerin Angela Merkel vorangetrieben wurde. Die Linksfraktion weist in der erwähnten Anfrage zudem darauf hin, dass mit einer Transportkapazität von jährlich bis zu 110 Milliarden Kubikmetern Erdgas die vier Stränge von Nord-Stream den gesamten Erdgasverbrauch Deutschlands als Industrienation hätten sichern können. 2021 betrug der gesamte bundesdeutsche Erdgasverbrauch 90,5 Milliarden Kubikmeter.

Neben der Union zeigt auch die regierende Ampelkoalition sichtlich kein Interesse an Aufklärung und sagt dies auch ganz offen. Exemplarisch für diese Haltung steht der Redebeitrag des SPD-Bundestagsabgeordneten Timon Gremmels am 28. September für die Koalition im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ aus Anlass der Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines:

„Es ist völlig gleichgültig, ob Nord Stream 1 und Nord Stream 2 nun Lecks haben, wie diese Lecks entstanden sind, ob das Anschläge waren, wer hinter den Anschlägen steckt, weil aus der einen Pipeline noch nie Gas gekommen ist und es aus der anderen seit Wochen kein Gas mehr gegeben hat. – Das ist völlig irrelevant. Wir brauchen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 nicht.“

Das muss man erstmal sacken lassen. Der Vertreter der größten Regierungspartei erklärt im Rahmen einer extra einberufenen Aktuellen Stunde im Bundestag wegen eines mutmaßlichen Terroranschlags wortwörtlich:

„Es ist völlig gleichgültig ... wer hinter den Anschlägen steckt.“

Die Antworten der Bundesregierung auf die den NachDenkSeiten vorliegenden Anfrage geraten nicht ganz so offen und unverblümt, im Endergebnis ist die Aussage aber dieselbe.

Willkürlicher Gebrauch des Arguments „Geheimhaltungsinteresse“

Wir dokumentieren in Folge alle Fragen, deren Beantwortung die Bundesregierung mit Verweis auf „Geheimhaltungsinteresse“ in der Anfrage verweigert hat. Daraus wird auch ersichtlich, mit welcher Willkür die Bundesregierung die Begründung eines angeblichen „Geheimhaltungsinteresses“ einsetzt:

1. Sind der Bundesregierung die Äußerungen von Prof. Dr. Jeffrey Sachs, Professor an der Columbia University in New York, bekannt, der in einem Live-Interview mit dem internationalen TV-Nachrichtensender Bloomberg davon sprach, es gebe Radaraufzeichnungen, die belegten, dass kurz vor dem Sabotageakt „US-Militärhubschrauber, die normalerweise in Danzig stationiert sind, über dem Gebiet kreisten“ (in dem die mutmaßlichen Anschläge stattfanden), hat sie sich hierzu eine Positionierung erarbeitet, wenn ja, wie lautet diese und welche Schlussfolgerungen hat sie ggf. für sich daraus gezogen?

2. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse und wenn ja, welche über eine eventuelle Sabotage von Nord Stream durch die russische Marinebrigade 561?

3. Trifft nach Kenntnis der Bundesregierung der Medienbericht zu, dass jede der vier Sprengsätze etwa 500 Kilogramm TNT beinhaltet haben dürfte?

4. Hat sich die Bundesregierung eine Haltung dazu erarbeitet, welcher Akteur bzw. welche Akteure nach ihrer Einschätzung
a) ein Motiv für derartige Anschläge besäßen und/oder
b) die technischen und personellen Möglichkeiten für derartige Anschläge besäßen, und wenn ja, wie lautet diese ggf.?

5. Hat sich die Bundesregierung eine Positionierung zu der Tatsache erarbeitet, dass Gazprom bzw. russische Behörden als Geschädigte nicht an den Untersuchungen beteiligt sind, ist der Bundesregierung bekannt, warum Gazprom bzw. russische Behörden als Geschädigte nicht an den Untersuchungen beteiligt werden, bzw. ist die Bundesregierung dafür eingetreten, dass dies erfolgt oder warum ggf. nicht (bitte ggf. jeweils ausführen)?

6. Sind russische Behörden an die Bundesregierung oder an deutsche Behörden herangetreten, um an den Untersuchungen zu den mutmaßlichen Anschlägen an den Nord-Stream-Leitungen teilzunehmen?

7. Ist der Bundesregierung bekannt, inwiefern russische Behörden ggf. an die dänische bzw. schwedische Regierung herangetreten sind bzw. an Behörden der beiden genannten Staaten, um an den Untersuchungen zu den mutmaßlichen Anschlägen an den Nord-Stream-Leitungen teilzunehmen und welche Antwort ihnen ggf. beschieden wurde (wenn ja, bitte ausführen)?

8. Ist der Bundesregierung bekannt, ob, und wenn ja, inwieweit die Betreibergesellschaften für Nord Stream 1 bzw. 2 an den Untersuchungen beteiligt sind bzw. waren (bitte erläutern)?

9. Welche Untersuchungen vor Ort wurden im Zusammenhang mit den Sabotageakten von welchen Ländern nach Kenntnis der Bundesregierung zu welchen Zeitpunkten bislang angestellt?

10. Trifft nach Kenntnis der Bundesregierung der Medienbericht zu, dass neben Deutschland, Schweden und Dänemark auch die USA eigene Ermittlungen durchführen?

11. Sind der Bundesregierung ggf. Ermittlungen durch andere Staaten als die in Frage 21. genannten sowie Russland bekannt (wenn ja, bitte ausführen)?

12. Ist der Bundesregierung bekannt, welche Ermittlungen Russland unternimmt oder ist ihr bekannt, ob die Regierungen Dänemarks bzw. Schwedens bzw. Behörden der beiden genannten Länder mit den russischen Pendanten in Kontakt stehen oder warum ggf. nicht und steht die Bundesregierung oder stehen deutsche Ermittlungsbehörden selbst mit diesen russischen Pendanten in Kontakt?

13. Trifft nach Kenntnis der Bundesregierung der Medienbericht zu, dass es einen regelrechten Wettlauf um Beweismaterial gebe oder gegeben habe, das sich womöglich auf dem Meeresgrund befinde und welche Schlussfolgerungen hat sie ggf. daraus gezogen?

14. Hat sich die Bundesregierung eine Haltung dazu erarbeitet, was einer schnellen Aufklärung der Anschläge bislang entgegensteht und wie lautet diese ggf.?

15. Trifft der Medienbericht zu, dass sich in der 41. Kalenderwoche, also rund zwei Wochen nach den Anschlägen, Bundespolizisten in Zusammenarbeit mit der Bundesmarine zu den Tatorten begeben und mit Hilfe einer Unterwasserdrohne Aufnahmen gemacht haben?

a) Wenn ja, war dies der erste Aufenthalt deutscher Ermittler an den Tatorten oder gingen ihnen ein oder mehrere Aufenthalte voraus?

b) Wann wurden nach Kenntnis der Bundesregierung von deutschen Ermittlern ggf. sämtliche Tatorte aufgesucht?

c) Wenn ja, welche Behörden waren daran jeweils beteiligt (bitte aufschlüsseln)?

d) Wenn ja, ist das Bundeskriminalamt in die Untersuchungen eingebunden und wenn ja inwiefern?

16. Kann die Bundesregierung den Bericht der schwedischen Zeitung „Expressen“ bestätigen, dass ein mindestens 50 Meter langer Teil einer Pipeline fehlt?

Bei all den aufgeführten 16 Fragen verweigert die Bundesregierung wie bereits erwähnt jegliche Antwort mit Verweis auf ein angebliches „Geheimhaltungsinteresse“. Was aber soll bitte bei Fragen, ob das BKA in die Untersuchungen eingebunden ist, wann das erste Mal deutsche Ermittler beim Tatort waren, welche Akteure nach Einschätzung der Bundesregierung ein Motiv für den Anschlag hätten oder ob es Kontakte mit russischen Behörden gibt, ein so hohes Geheimhaltungsinteresse rechtfertigen? Und dies wohlgermerkt gegenüber Bundestagsabgeordneten, die eigentlich mit besonderen Fragenrechten zur Kontrolle der Exekutive ausgestattet sind und der verfassungsrechtlich verankerten Pflicht, Informationsansprüche des Bundestages zu erfüllen.

Bewusstes Missverstehen der Bundesregierung

Wenn die Bundesregierung sich dann doch mal um eine Antwort bemüht, gerät diese meistens völlig nichtssagend oder bewusst trollend.

Beispielhaft sei auf Frage 19 der Anfrage verwiesen. Dort wird gefragt, ob die Bundesregierung bestätigen kann, dass zwei Wochen nach den mutmaßlichen Anschlägen das zum Tatort entsandte Schiff „Mittelgrund“ der Wehrtechnischen Dienststelle 71 zwar Taucher und Sprengstoffexperten an Bord gehabt habe, die jedoch nicht zum Einsatz kamen, weil diese keine Ausrüstung für Tauchgänge in der entsprechenden Tiefe der zerstörten Pipeline mitführten.

Die Antwort der Bundesregierung ist an Unverschämtheit gegenüber der Legislative kaum zu übertreffen:

„An Bord des Mehrzweckbootes MITTELGRUND befanden sich keine Taucher und Sprengstoffexperten der Bundeswehr.“

Die beteiligten Taucher und Sprengstoffexperten waren von der Bundespolizei, was bei strafrechtlichen Ermittlungen auch evident ist, und Fragen nach den Tätigkeiten der Bundespolizei fallen selbstverständlich in den Verantwortungsbereich der Bundesregierung, im konkreten Fall dem des Bundesinnenministeriums unter Nancy Faeser. Die Frage verweist zudem als Quelle auf einen Bericht des Neuen Deutschlands (ND). Dort steht explizit **geschrieben**:

„Kurz darauf folgte die »Mittelgrund«. Die gehört zur Wehrtechnischen Dienststelle 71 in Eckernförde, das ist eine Art Forschungs- und Erprobungsanstalt der Bundeswehr. An Bord waren Taucher und Sprengstoffexperten der Bundespolizei, hörte man und auch,

dass die nicht zum Einsatz kamen, weil sie nicht die nötige Ausrüstung für einen Tauchgang bis auf eine Tiefe von 70 Metern dabei hatten. Man wundert sich.“

19. Trifft der Medienbericht zu, dass das rund zwei Wochen nach den mutmaßlichen Anschlägen an die Tatorte entsandte deutsche Schiff „Mittelgrund“ der Wehrtechnischen Dienststelle 71 zwar Taucher und Sprengstoffexperten an Bord gehabt habe, die jedoch nicht zum Einsatz gekommen sein sollen, weil sie nicht über die notwendige Ausrüstung verfügten (<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/nord-stream-aufklaerung-101.html>; <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1167750.nordstream-von-grund-auf-schweigsam.html>)?

Mal von der Ironie abgesehen, dass die AfD für ihre Anfrage auf Berichterstattung des ND zurückgreift, war es vor diesem Hintergrund völlig eindeutig, dass die Frage auf das Agieren der Bundespolizei abzielte. Der ausschließliche Verweis auf „keine Taucher und Sprengstoffexperten der Bundeswehr“ ist folglich ein bewusstes Missverstehen, um Parlamentariern mit verfassungsrechtlich garantierten Informationsansprüchen keine sachgerechte Antwort geben zu müssen.

In ähnlicher Tonlage erfolgt die Antwort auf die Frage 29, ob das Umweltbundesamt mittlerweile über genauere Abschätzungen zu den Methanaustritten aus den beschädigten Leitungen Nord Stream 1 und 2 verfügt:

„Das Umweltbundesamt hat bisher keine genaueren Abschätzungen über die Methanaustritte aus den beschädigten Nordstream 1- und 2 Pipelines erstellt und plant auch nicht, dies zu tun.“

Kommt Ukraine als Angreifer in Frage? Keine Antwort „aus Gründen des Staatswohls“

Es gibt bei der gesamten Anfrage zu den Nord-Stream-Anschlägen eine einzige Frage, bei der die Bundesregierung ausführlich antwortet. Die Frage lautet: „Warum kommt die Bundesregierung nach erfolgter Güterabwägung zwischen dem Staatswohl und der Aufklärung eines der größten Terroranschläge in Europa mit finanziellen Auswirkungen im Milliarden-Euro-Bereich zu ihrer Ansicht, die Veröffentlichung der Aufklärungsergebnisse sei nicht von erheblichem öffentlichen Interesse (Bundestagsdrucksache 20/4141, Antwort der Bundesregierung auf Frage 2)?“

Die Antwort:

„Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Restriktionen der „Third-Party-Rule“, die den internationalen Austausch von Informationen der Nachrichtendienste betrifft, verwiesen. Die Bedeutung der „Third Party Rule“ für die internationale nachrichtendienstliche Zusammenarbeit hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seinem Beschluss 2 BvE 2/15 vom 13. Oktober 2016 (Rz. 162–166) gewürdigt. Drucksache 20/4141 – 2 – Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode Vorabfassung – wird durch die lektorierte Version ersetzt. Lügen solche Informationen vor, wären diese evident geheimhaltungsbedürftig, weil sie sicherheitsrelevante Erkenntnisse beinhalten, die unter der Maßgabe der vertraulichen Behandlung von ausländischen Nachrichtendiensten an die deutschen Nachrichtendienste weitergeleitet wurden. Ein Bekanntwerden von Informationen, die nach den Regeln der „Third-Party-Rule“ erlangt wurden, würde als Störung der wechselseitigen Vertrauensgrundlage gewertet werden und hätte eine schwere Beeinträchtigung der Teilhabe der Nachrichtendienste des Bundes am internationalen Erkenntnisaustausch zur Folge. Eine mögliche Kenntnisnahme durch Unbefugte würde erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Nachrichtendienste des Bundes mit ausländischen Nachrichtendiensten haben. Würden in der Konsequenz eines Vertrauensverlustes Informationen von ausländischen Stellen entfallen oder wesentlich zurückgehen, entstünden signifikante Informationslücken mit negativen Folgewirkungen für die Genauigkeit der Abbildung der Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland sowie im Hinblick auf den Schutz deutscher Interessen im Ausland. Ein Bekanntwerden der Informationen würde zudem die weitere Aufklärung geheimdienstlicher Aktivitäten in und gegen die Bundesrepublik Deutschland erheblich erschweren. Die in der Bezugsfrage seinerzeit erbetenen Informationen berührten somit derart schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen, dass das Staatswohl gegenüber dem parlamentarischen Informationsrecht überwogen und das Fragerecht der Abgeordneten ausnahmsweise gegenüber dem Geheimhaltungsinteresse der Bundesregierung zurückstehen musste. Selbst eine VS-Einstufung und Hinterlegung der angefragten Informationen bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages war im vorliegenden Fall nicht ausreichend, um der besonderen Sensibilität der angeforderten Informationen für die Aufgabenerfüllung der Nachrichtendienste des Bundes ausreichend Rechnung zu tragen.“

Zum Gesamtverständnis der Antwort und ihrer Implikationen muss man natürlich noch wissen, was sich hinter der in der Frage erwähnten „Bundestagsdrucksache 20/4141“ verbirgt. Diese Bundesdrucksache fasst die Schriftlichen Fragen von Bundestagsabgeordneten und die entsprechenden Antworten der Bundesregierung für die Sitzungswoche ab dem 17. Oktober 2022 zusammen. Frage 2 lautete damals:

„Welche Folgen haben die deutschen Behörden aus dem Hinweis der CIA über ein Szenario gezogen, in dem ein ukrainischer Angriff auf westliche Pipeline-Infrastruktur erfolgen könnte.“

Die Frage **beantwortet** der Bundesminister beim Bundeskanzler, Wolfgang Schmidt, wie folgt:

„Nach sorgfältiger Abwägung ist die Bundesregierung zu dem Schluss gekommen, dass eine Auskunft zu Ihrer Frage aus Gründen des Staatswohls nicht – auch nicht in eingestufte Form – erteilt werden kann. Die erbetene Auskunft unterliegt den Restriktionen der „Third-Party-Rule“, die den internationalen Austausch von Informationen der Nachrichtendienste betrifft. (...) Dabei ist der Umstand, dass die Antwort verweigert wird, weder als Bestätigung noch als Verneinung des angefragten Sachverhalts zu werten.“

Der geneigte Leser kann daraus seine eigenen Schlüsse ziehen.

Abschließend bleibt festzuhalten: Neben dem aufgezeigten ostentativen Desinteresse an der Aufklärung des mutmaßlichen Sabotageaktes ist auch der völlig inflationäre Verweis auf ein angebliches „Geheimhaltungsinteresse“ durch die Bundesregierung, um so nicht auf legitime Fragen gewählter Volksvertreter zweier Oppositionsparteien eingehen zu müssen, ein veritabler Skandal und einer parlamentarischen Demokratie, der man sich so brüstet, unwürdig.

Schreiben Sie uns gerne, wie Sie die Antworten der Bundesregierung bewerten: leserbrieife@nachdenkseiten.de

Titelbild: Illustration der Explosion der Nord-Stream-Pipelines – shutterstock / apprenticebk

Leserbrieife zu diesem Beitrag [finden Sie hier](#).

Mehr zum Thema:

[Hoher EU-Beamter: „Nüchtern betrachtet sind die USA das Land, das am meisten vom Krieg in der Ukraine profitiert“](#)

[„Im Blindflug“ – Bundesregierung hat bis heute keine Erkenntnisse zur konkreten Wirkung ihrer Russland-Sanktionen](#)

[Olaf Scholz bei Joe Biden: Bizarres Schauspiel im Weißen Haus \(faz.net\)](#)

BESUCH IN WASHINGTON: **Bizarres Schauspiel**

- EIN KOMMENTAR VON [NIKOLAS BUSSE](#)
- -AKTUALISIERT AM 08.02.2022-12:41



[Bildbeschreibung einblenden](#)

Scholz überlässt Biden die Führung bei Nord Stream 2 – so als sei Deutschland in der Sache nur ein Subunternehmer. Aber auch der amerikanische Präsident fällt beim Besuch des Kanzlers mit Merkwürdigkeiten auf.

Was sich beim Antrittsbesuch von [Olaf Scholz](#) im Weißen Haus zugetragen hat, war schon ein etwas bizarres Schauspiel. Da sagt der amerikanische Präsident ohne Umschweife, dass Nord Stream 2 beendet werde, falls Putin in der Ukraine einmarschiere – und der [deutsche Bundeskanzler steht daneben und sagt nichts dazu](#). Er sagt nur, dass man gemeinsam handeln werde. Er nennt die Gasleitung, die nicht nur bei den Partnern in Washington so viel Misstrauen hervorruft, nicht einmal beim Namen.



Was sich beim Antrittsbesuch von Olaf Scholz im Weißen Haus zugetragen hat, war schon ein etwas bizarres Schauspiel. Da sagt der amerikanische Präsident ohne Umschweife, dass Nord Stream 2 beendet werde, falls Putin in der Ukraine einmarschiere – und der deutsche Bundeskanzler steht daneben und sagt nichts dazu.

Wohlgemerkt, es geht hier nicht um ein amerikanisches Projekt mit Russland. Nord Stream 2 ist ein deutsch-russisches Projekt, und die erste Instanz, die über das Schicksal der Pipeline zu entscheiden hätte, wäre die deutsche Bundesregierung.



Nach 23 Monaten im Krisenmodus beendete die Schweiz am 17. Februar 2022 die Krise. «Die Pandemie hat ihren Schrecken verloren», erklärt Bundesrat Alain Berset. Ungeimpfte dürfen wieder ungehindert und ohne Maske in Restaurants, Kinos, Theater, Skigebiete und Läden wie Migros und Coop. Niemand muss mehr eine Testung, Impfung oder Genesung nachweisen. Die Zertifikatspflicht ist aufgehoben.

Quelle: Ende der Coronamassnahmen: War's das also? Solothurner Zeitung 16. Februar 2022

Solothurner Zeitung

Dr. Daniele Ganser: Jahresrückblick 2022 (20.12.22)



Zürich Hauptbahnhof Dezember 2021

auch im Bahnhof in Bern und Basel

Lasst uns wieder Brücken bauen!
Alle gehören zur **Menschheitsfamilie.**
**Sowohl Ungeimpfte,
als auch Geimpfte!**

Dr. Daniele Ganser
Historiker und
Friedensforscher

YOW
The Freedom Project

**DANIELE
GANSER**

ANGST vor VIRUS

DANIELE
GANSER



ANGST vor DIKTATUR

ANGST vor ARMUT

GANSER

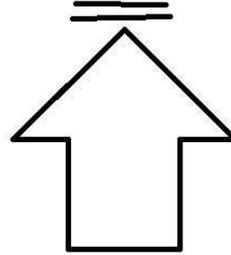






«Die Lieferung von tödlichen Waffen an die Ukraine durch die USA wird die Kosten in Blut und Geld für Russland erhöhen.»

Quelle: James Dobbins: Extending Russia. Competing from Advantageous Ground. RAND Corporation (2019), page 99



Dr. Daniele Ganser: Jahresrückblick 2022 (20.12.22)





Bundesregierung hilft Ukraine

Deutschland liefert Waffen der Bundeswehr



tagesschau

Stand: 26.02.2022 20:40 Uhr

Kurswechsel der Bundesregierung: Anders als ursprünglich geplant, liefert Deutschland der Ukraine nun Waffen. 1000 Panzerabwehrwaffen und 500 Boden-Luft-Raketen sollen

aus Bundeswehr-Beständen kommen. Kanzler Scholz sprach von einer "Pflicht".



«Deutschland lieferte zuerst nur Helme, das ist noch keine Beteiligung am Krieg ... Aber sobald es um tödliche Waffen geht ist es eine Beteiligung am Krieg.»

Quelle: Völkerrechtler Norman Paech: Deutschland mit Russland im Krieg? proFakt 10. März 2022



proFakt

110 Abonnenten

Dr. Daniele Ganser: Jahresrückblick 2022 (20.12.22)

Deutschland liefert im August 2022 Flugabwehrkanonenpanzer Gepard an die Ukraine (Foto: 25.08.22).



In Deutschland werden ukrainische Soldaten an NATO-Waffen auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr in Bayern von US-Soldaten an Haubitzen des Typs M777 ausgebildet. Völkerrechtlich kann dies laut einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages bereits als Kriegsteilnahme gewertet werden.

Quelle: Ukrainische Soldaten üben im US-Stützpunkt Grafenwöhr das Schießen mit Nato-Haubitzen. Nordbayern 2. Mai 2022





Dr. Daniele Ganser: Jahresrückblick 2022 (20.12.22)

Russlands früherer Präsident Dimitri Medwedew hat mit Angriffen auf NATO-Länder gedroht. Streitkräfte und Objekte in Ländern, die offiziell im Krieg mit Russland stünden oder Verbündete des Gegners seien, stellten legitime Ziele für einen Angriff dar, schrieb Medwedew auf Telegram. Medwedew sagte: "Die Führer der NATO-Staaten behaupten einstimmig, dass ihre Länder und die ganze Allianz nicht gegen Russland kämpfen. Aber alle verstehen gut, dass es ganz anders ist.»

Quelle: Russlands Ex-Präsident droht mit Angriff auf NATO-Staaten. ARD Tagesschau 16.12.22



Deutschland Sommer 2022



28. Februar 2022: Schweiz gibt Neutralität auf



Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

28. Februar 2022: Bundesrat übernimmt alle EU-Sanktionen gegen Russland

SCHWEIZER KEHRTWENDE

Neutral, aber gegen Putin

VON JOHANNES RITTER, ZÜRICH - AKTUALISIERT AM 28.02.2022 - 21:34



Nach Kritik aus dem In- und Ausland übernimmt die Schweiz alle EU-Sanktionen gegen Russland. Außerdem verhängt das Land Einreiseverbote für Oligarchen, die eng mit Wladimir Putin verbunden sind.

Dr. Daniele Ganser: Jahresrückblick 2022 (20.12.22)



«Dass die Schweiz die Sanktionen der EU mitträgt ist furchtbar, es ist eine Katastrophe.»

Quelle: Jaques Baud: Die Politik der USA war es immer, zu verhindern, dass Deutschland und Russland enger zusammenarbeiten. Zeitgeschehen im Fokus 15. März 2022

Zeitgeschehen im Fokus
Forschen – Nachdenken – Schlüsse ziehen

Somit muss ich meine Aussage ändern, nicht Jake Poe

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Um sich einen Überblick machen zu können, wer die Wirtschaftssanktionen gegen blau unterstützt, dann rot so:



Dr. Daniele Ganser: Jahresrückblick 2022 (20.12.22)

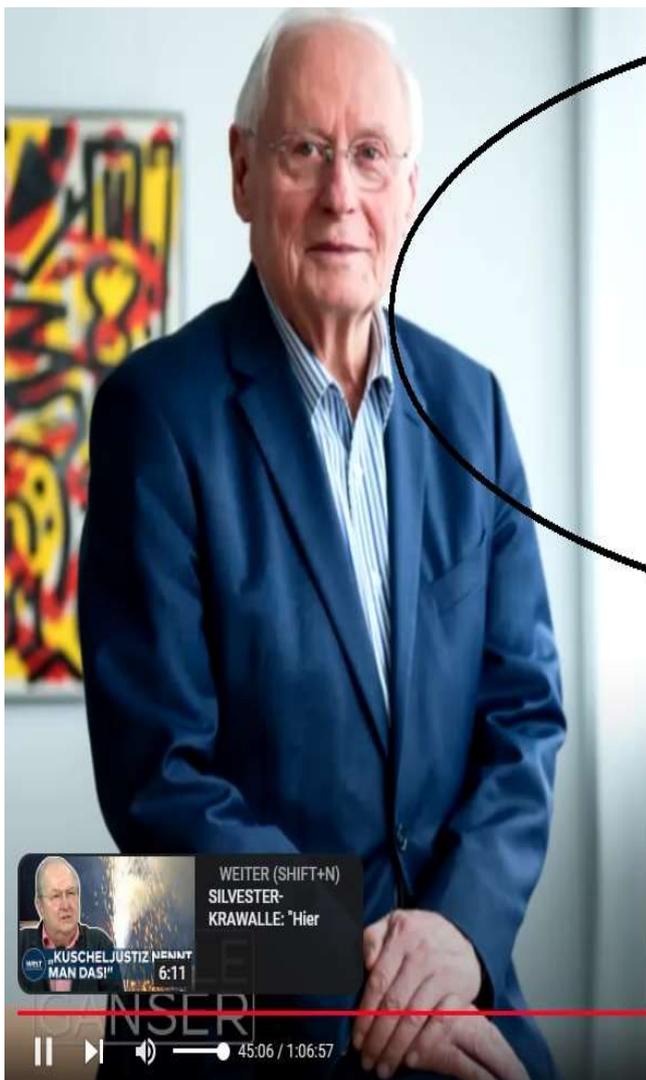




«Ich war nicht dabei, meine aber, dass die Amerikaner Nordstream gesprengt haben. Biden sagte schon im Februar: Sollte Putin einmarschieren, ist es aus mit Nordstream 2. Auf die Frage einer Reporterin, wie man denn das bewerkstelligen wolle, sagte er nur: Wir haben unsere Mittel und Wege ... Die USA und ihre Provokationen sind Europas größte Bedrohung derzeit.»

Quelle: Jeffrey Sachs: „Das ist ein Krieg zwischen Russland und den Vereinigten Staaten“. NachDenkSeiten 12. Oktober 2022

NachDenkSeiten
Die kritische Website



"Ohne das Wissen und die Zustimmung Washingtons wäre die Zerstörung der Pipelines, die einen Angriff auf unser Land darstellen, unsere Wirtschaft ins Mark treffen und unseren geostrategischen Interessen zuwiderlaufen, nicht möglich gewesen. Es war ein feindseliger Akt gegen die Bundesrepublik."

Quelle: Oskar Lafontaine: „Europa zahlt den Preis für die Feigheit der eigenen Staatenlenker“. DWN 27. November 2022

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN



«Dieser Krieg findet ja nicht in Kalifornien statt oder in Texas, sondern in Europa. Und das Risiko, dass er auch auf Deutschland oder Polen oder die baltischen Staaten übergreift, ist sehr real. Die Sabotageakte gegen Nord Stream belegen dies mehr als deutlich. Also ist es doch in unserem Interesse, diesen Krieg zu einem vernünftigen Ende zu bringen.»

Quelle: Im Gespräch mit General a. D. Harald Kujat: „Das Risiko, dass der Krieg auf Deutschland übergreift, ist sehr real“, in: Preußische Allgemeine Zeitung für Deutschland, 5. Oktober 2022

DANIELE
GANISER

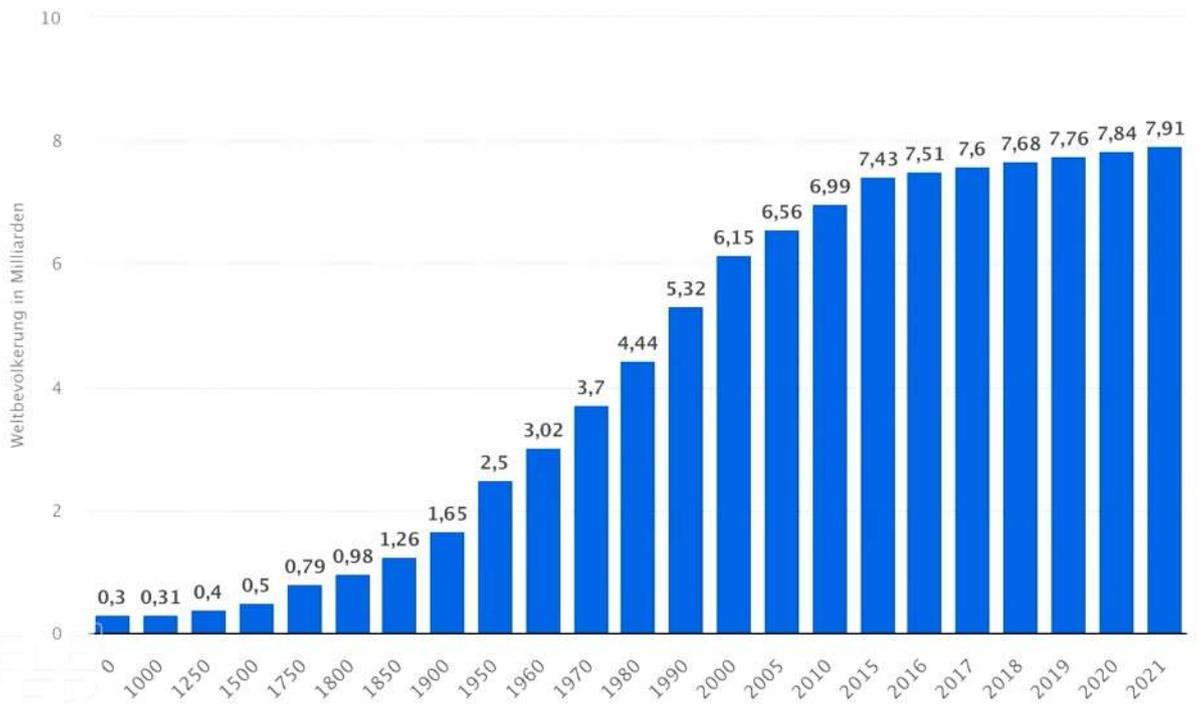
Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt · Pommerische Zeitung





Im Jahr 1800 waren wir nur eine Milliarde Menschen auf der Erde





Archivbild eines Flugabwehrsystems S-300 während einer Übung

Daniele Ganser: Jahresrückblick 2022 (20.12.22)

Daniele Ganser 
283.000 Abonnenten

Abonnieren

 17.616



 Teilen

 Herunterladen

 Thanks



SRF



Der Spiegel, Le Monde, El Pais, New York Times und The Guardian fordern in einem offenen Brief am 28. November 2022 die Freilassung von Julian Assange: «Die Anklage gegen Assange ist ein gefährlicher Präzedenzfall und ein Angriff auf die Pressefreiheit.» Der mutige Journalist sitzt seit über drei Jahren im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London.

Quelle: Journalismus ist kein Verbrechen. Spiegel 28. November 2022

SPiegel



59:32 / 1:06:57

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4
Mit friedliebenden Grüßen aus dem aktiven Widerstand, ihr göttlicher Klaus



WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT von Klaus Schreiner, Innsbruck

